

Mehr öffentliche Toiletten in den Straßenraum!

Wer hätte es gedacht – das Thema öffentliche Toiletten ist in der Gesellschaft angekommen. Jetzt denken alle Fraktionen und auch das Bezirksamt darüber nach, wie man auch in Berlin einem natürlichen Bedürfnis gerecht werden kann. Das hört sich gut an, hat aber auch gedauert!



Fast sieben Jahre ist es her, dass unsere Fraktion mit der DS/0575/VI vom November 2007 die Neuaufstellung öffentlicher Toiletten forderte. Zugegeben, die darin vorgeschlagene Variante war nicht realisierbar. Es war aber niemand bereit, eine andere Variante vorzuschlagen. Im Gegenteil, unser Verweis auf Erfahrungen anderer Städte

wurde ins Lächerliche gezogen.

Heute ist die Situation ganz anders – der Vorschlag von Bürger_innen aus der Rummelsburger Bucht, dort eine Trockentoilette aufzustellen, wurde aufgegriffen und eine Probephase beschlossen. Auch werden weitere Ideen gesammelt – aus anderen Bezirken und auch aus anderen Städten. Die HOWOGE überlegt sich unseren Vorschlag, bei dem geplanten Café im Wohnkomplex an der Rathausstraße einen öffentlichen Zugang zur Toilette zu ermöglichen.

Wenn dem Beispiel noch mehr Investoren folgen würden, dann könnte man die vielen schönen Parks und Spielplätze viel entspannter genießen und dem Tourismus wäre es auch förderlich.

Ihre Henriette van der Wall
(Ausschuss für Ordnung und Verkehr)

Termine im November ...

11.11., 19:30, Kulturhaus
Karlshorst.

Bürgerversammlung zur Baustelle an der Bahn- brücke Karlshorst und zur TVO

Mit Bezirksstadtrat Wilfried
Nünthel und Staatssekretär
Christian Gaebler

12.11., 19:00, Aula der
Obersee-Grundschule, Roe-
dernstraße 69

Einwohnerversammlung zu Themen rund um Obersee und Orankesee

19.11., 17:00 - 18:00, Kiez-
treff Lebensnetz, Anna-
Ebermann-Straße 29

Bürgersprechstunde

mit *Camilla Schuler*
(Fraktionsvorsitzende) und
Silke Gebel Mda
(Umweltpolitische Sprecherin
Grüne Fraktion Abge-
ordnetenhaus Berlin)

03.12., 17:00 - 18:00,
Lichtenberg Nord

Bürgersprechstunde

mit *Camilla Schuler* und *Silke Gebel Mda* (genauer Ort wird noch bekannt gegeben und wird auf der Internetseite veröffentlicht)

Interessenbekundung Jugendfreizeit- einrichtung Siegfriedstraße 29

Anfang des Jahres informierte die Verwaltung des Jugendamtes im Jugendhilfeausschuss (JHA), dass das Gebäude der Jugendfreizeiteinrichtung (JFE) in der Siegfriedstraße 29 aufgrund des baulichen Zustands neu gebaut wird, da eine Sanierung unwirtschaftlich wäre. Der JHA sollte entscheiden, ob der künftige Betreiber der bestehende Träger bleiben soll (Direktvergabe) oder ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) zur Auswahl des neuen Trägers durchgeführt wird. Die Verwaltung plädierte für das IBV.

In der Sitzung vom JHA am 04. März 2014 habe ich deutlich gemacht, dass es sich hierbei aus meiner Sicht um eine Grundsatzentscheidung handelt und alleine die Tatsache, dass ein Neubau günstiger als die Sanierung des Hauses ist, nicht automatisch zu einem Interessenbekundungsverfahren führen kann. Der Beschluss für Interessenbekundungsverfahren führe dazu, dass in der Zukunft in solchen o.ä. Situationen genauso verfahren werden müsste.

In der Jugendarbeit hat jedoch Kontinuität zu Recht einen sehr hohen Stellenwert und soll möglichst auch bei veränderter baulicher Situation gewährleistet werden. In einer sehr knappen Entscheidung des JHA wurde entschieden ein IBV durchzuführen. Eine Arbeitsgruppe (bestehend aus Fraktionen und Verwaltung) sollte die Kriterien dafür erarbeiten.

Bereits in der ersten Sitzung der AG irritierte mich jedoch die Information, dass der Fördermittelgeber (Senat) als Bedingung für den Neubau des Hauses 60.000 € vom Bezirk (bzw. vom neuem Träger) für die

Ausstattung der Einrichtung erwartet. Wieso wurden die BVV und der JHA nicht im Vorfeld der Entscheidung über den Neubau bzw. der Entscheidung über die Interessenbekundung oder Direktvergabe darüber informiert?! Ich werde leider den Eindruck nicht los, dass wir als BVV vor beschlossene Tatsachen gestellt wurden. Es ist nicht jedem Träger (aber auch nicht dem Bezirk) ad hoc möglich, diesen Betrag bereitzustellen. Dementsprechend kritisch war auch die Diskussion in der Oktobersitzung des JHA noch vor dem Beschluss der Kriterien für das IBV.

Der Senat würde wohl akzeptieren, wenn der künftige Träger der neuen JFE, die 60.000 € über Spenden einbringt. Unter diesen Umständen hoffe ich daher sehr, dass es den Bewerber_innen gelingt z.B. ein Unternehmen dafür zu gewinnen, die Einrichtung auszustatten. Denn es ist wichtig, dass das neue Haus einen guten Start hat und vor allem, dass die Kinder und Jugendlichen ein gutes Angebot der Jugendarbeit in Anspruch nehmen und sich vor Ort wohl fühlen können.

Ihr Bartosz Lotarewicz **(Jugendpolitischer Sprecher)**

Haben Sie Fragen, Wünsche, Kommentare, Anregungen oder Anmerkungen?

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

Tel. 600 57 349
Mo 13-18Uhr, Do 10-14Uhr
<http://www.gruene-lichtenberg.de/bvv-fraktion/>
bvv-fraktion@gruene-lichtenberg.de

V. i. S. d. P.: Fraktion Bündnis
90 /Grünen in Lichtenberg
Rathaus Lichtenberg
Möllendorffstr. 6
10360 Berlin